

## Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	<b>Kreistag Stendal</b>
Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 22.04.2010
Sitzung Nummer:	7 ( KT/07/2010)
Sitzungsdauer:	17:00 - 19:09 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungssaal "Stendal"

---

Lothar Riedinger  
Vorsitzende/r

---

Gabriela Grimm  
Protokollführer/in

---

### **Anwesend:**

#### Vorsitz

Herr Lothar Riedinger

#### Mitglieder

Herr Günter Bartels  
Herr Arnold Bausemer  
Herr Ralf Bergmann  
Herr Ralf Berlin  
Herr Dieter Bolle  
Herr Gerhard Borstell  
Frau Edith Braun  
Herr Detlef Braune  
Herr Gerald Eisenhut  
Herr Jürgen Emanuel  
Herr Marcus Graubner  
Herr Hardy Peter Güssau  
Herr Horst Janas  
Herr Ernst Jesse  
Herr Uwe Klemm  
Herr Rüdiger Kloth  
Herr Norbert Krebber  
Herr Peter Krüger  
Herr Dr. Michael Kühn  
Herr Wolfgang Kühnel  
Frau Katrin Kunert  
Herr MR Dr. Volkmar Lischka  
Herr Herbert Luksch  
Herr Klaus-Peter Noeske  
Frau Christine Paschke  
Frau Dr. Helga Paschke  
Herr Bernd Prange  
Herr Hartmuth Raden  
Herr Detlef Radke  
Herr Günter Rettig  
Herr Dr. Henning Richter-Mendau  
Herr Tiemo Schönwald  
Herr Waldemar Schreiber  
Herr Nico Schulz  
Herr Eduard Stapel  
Herr Tilman Tögel

Herr Eike Trumpf ab 17.15 Uhr  
Frau Ulrike Weis  
Herr Torsten Werner  
Herr Frank Wiese  
Herr Bernd Witt ab 17.10 Uhr  
Herr Peter Zimmermann

von der Verwaltung  
Herr Jörg Hellmuth  
Herr Carsten Wulfänger

**Abwesend:**

Mitglieder  
Herr Dr. Jörg Böhme  
Herr Uwe Classe  
Herr Dr. Rudolf Opitz  
Herr Gerd Schlaak  
Herr Norbert Tanne

**Tagesordnung:**

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Kreistagsmitglieder und der Tagesordnung
- 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 6. Sitzung des Kreistages Stendal am 04.03.2010
- 5 Stellungnahme des Kreistages Stendal zum Bau eines Steinkohlekraftwerkes auf dem Gelände des Gewerbe- und Industrieparks Arneburg  
- Antrag der Fraktion DIE LINKE.-Bündnis 90/Die Grünen -  
Vorlage: 051/2009
- 6 Satzung über die Benutzung des Rettungsdienstes des Landkreises Stendal und die Erhebung von Benutzungsentgelten (Benutzungsentgeltsatzung)  
Vorlage: 119/2010
- 7 Weiterführung der Aufgaben nach dem SGB II  
- Antrag der CDU-Fraktion -  
Vorlage: 114/2010
- 8 Nachtragsfortschreibung der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für den Landkreis Stendal  
hier: Grundschulen Rochau und "Am Stadtsee" Stendal  
Vorlage: 120/2010
- 9 Nachtragsfortschreibung der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für den Landkreis Stendal  
hier: Grundschulen Sanne und "Nord" Stendal  
Vorlage: 121/2010
- 10 Nachtragsfortschreibung der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für den Landkreis Stendal  
hier: Grundschulen Schinne und "Am Stadtsee" Stendal  
Vorlage: 122/2010
- 11 Nachtragsfortschreibung der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für den Landkreis Stendal  
hier: Grundschulen Krüden, Groß Garz und Seehausen  
Vorlage: 134/2010

- 12 Präzisierung der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für den Landkreis Stendal  
Vorlage: 129/2010
- 13 Anfragen und Hinweise
- 

## **Protokoll**

### **zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende des Kreistages, Herr Lothar Riedinger, eröffnet um 17.00 Uhr die 7. Sitzung des Kreistages Stendal und begrüßt die Anwesenden.

Er weist darauf hin, dass der Offene Kanal Stendal den Wunsch geäußert hat, in der heutigen Kreistagssitzung zu filmen. Gemäß der Gemeindeordnung in Verbindung mit der Geschäftsordnung hat der Kreistag darüber zu entscheiden, ob dies genehmigt wird.

Der Kreistag genehmigt die Aufnahmen bei zwei Gegenstimmen. Der Vorsitzende des Kreistages verweist darauf, dass die Personen, die mit nein gestimmt haben (Herr Dr. Lischka und Frau Weis), nicht gefilmt werden dürfen.

### **zu TOP 2 Einwohnerfragestunde**

Es meldet sich Herr Wilfried Padelt von der Bürgerinitiative gegen das Steinkohlekraftwerk Arneburg zu Wort und bemerkt, dass diese mit ihren Argumenten gehört werden möchte. Dieses Anliegen, Bestandteil des demokratischen Zusammenlebens, veranlasste Tausende Einwohner ihres Verantwortungsbereichs und darüber hinaus viele Bürger und Touristen, die in unserer schönen Region verweilten, an einer Unterschriftenaktion der Bürgerinitiative gegen das Steinkohlekraftwerk Arneburg teilzunehmen. Herr Padelt überreicht sodann dem Vorsitzenden des Kreistages die Unterschriftenlisten.

### **zu TOP 3 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Kreistagsmitglieder und der Tagesordnung**

Der Vorsitzende stellt fest:

- die Ladung zur heutigen Kreistagssitzung erfolgte frist- und ordnungsgemäß am 9. April 2010,
- der Kreistag ist beschlussfähig (es sind 43 Mitglieder des Kreistages anwesend – siehe Seite 1 Anwesenheitsliste).

Zur Tagesordnung bemerkt der Vorsitzende, dass im öffentlichen Teil die Tagesordnungspunkte 8, 9 und 10 – also die Drucksachen 120/2010, 121/2010 und 122/2010 – von der Tagesordnung abgesetzt werden. Der Landrat zieht diese Vorlagen zurück.

Herr Riedinger fragt, ob es Wortmeldungen zur vorliegenden Tagesordnung gibt?

Es bestehen keine Wortmeldungen zur Tagesordnung.  
Der Kreistag bestätigt einstimmig die Tagesordnung mit den genannten Änderungen.

**zu TOP 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 6. Sitzung des Kreistages Stendal am 04.03.2010**

Beim Kreistagsvorstand und beim Landrat sind keine Einwende gegen die Niederschrift eingegangen. Es bestehen auch jetzt keine Wortmeldungen.

Damit stellt der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Niederschrift der 6. Sitzung des Kreistages Stendal am 04.03.2010 fest.

**zu TOP 5 Stellungnahme des Kreistages Stendal zum Bau eines Steinkohlekraftwerkes auf dem Gelände des Gewerbe- und Industrieparks Arneburg  
- Antrag der Fraktion DIE LINKE.-Bündnis 90/Die Grünen -  
Vorlage: 051/2009**

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Frau Dr. Paschke bemerkt, dass nach monatelangen Beratungen, Anhörungen, Verschiebungen in den Ausschüssen und den Auseinandersetzungen, wer zu welchem Zeitpunkt was gewusst, gesagt und beschlossen hat, die Argumente ausgetauscht sind. Man könnte fast der Versuchung unterliegen, dieses Thema nunmehr sofort abzustimmen. Dieser Versuchung unterliegen wir jedoch nicht. Dieses Thema ist nicht nur energiepolitisch, sondern auch regionalpolitisch und auch hinsichtlich der notwendigen demokratischen Teilnahme betroffener Bürgerinnen und Bürger viel zu relevant, um nicht noch einmal die Schwerpunkte der Meinungsbildung für den Antrag zu benennen und vor allem auch Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit und das weitere Vorgehen in dieser Sache, aber auch im künftigen Agieren bei so wichtigen Angelegenheiten zu ziehen.

Was hat nunmehr das Steinkohlekraftwerk mit Demokratie zu tun? Die hohe Bedeutung energiepolitischer Fragen für die Menschen vor Ort machen eine öffentliche und sachliche Auseinandersetzung mit so einem Großprojekt in der Altmark erforderlich. Dazu ist es erforderlich, erstens rechtzeitig und zweitens als politischer Verantwortungsträger eigenständig und nicht erst auf Druck der Öffentlichkeit in die Debatte zum Für und Wider einzutreten. Nur so ist es möglich, dass Bürgerinnen und Bürger vor Ort auch die Debatte um Alternativen führen können. Es sollten vom Landrat, von anderen frühzeitig eingeweihten politischen Entscheidungsträgern, aber auch von uns selbst aus dem Vorgang Schlussfolgerungen für weiteres Agieren getroffen werden. Dazu gehört nach meiner Meinung, dass die Landkreisordnung in dem Punkt Informationspflicht über wichtige Angelegenheiten für die Kreistagsmitglieder und die Öffentlichkeit zukünftig anders umzusetzen ist. Es muss damit Schluss sein, dass die brisanten Informationen weiterhin am Ende im nichtöffentlichen Teil erfolgen, mit wenig Konkretem dahinplätschern, so dass man sich kaum erinnert, was dort beschlossen wurde. Auch wir haben dazu also unsere Hausaufgaben noch zu machen.

Zur Demokratie gehört auch, dass vom Antragsteller gesagt wurde, wenn die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger dagegen ist, wird nicht gebaut. Wie will man aber herausfinden, ob die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger Für oder Gegen den Bau dieses Kraftwerkes ist? Mit der Ablehnung unseres Antrages, die Hauptsatzung zu ändern, haben wir einen Weg dorthin verbaut, nämlich, dass der Bürgerentscheid auch auf diese Fragen ausgedehnt werden kann. Vielleicht werden wir aber doch noch im Zuge der nächsten anstehenden Wahlen hinbekommen, dass eine Bürgerbefragung im Landkreis zu dem Thema stattfindet. Zur Demokratie gehört auch, dass man den unterschiedlichen Akteuren vor Ort Raum zur Diskussion einräumt. Auch da müssen alle Ebenen noch sehr viel lernen. Klassisches Beispiel ist die heute in der Presse diskutierte Einladung zur Altmark-Konferenz. Mir ist bekannt, dass die Bürgerinitiative gegen das Steinkohlekraftwerk e.V. wie auch andere bemüht waren, sich dort als Akteur vor Ort einzubringen. Es sind große Erwartungen geschürt worden. Gestern kam nunmehr die Einladung. Es sind in drei Stunden sechs Impulsreferate vorgesehen. Und dann können die Akteure vor Ort diskutieren. Wenn ich nicht eine so gute Kinderstube genossen hätte würde ich sagen, das ist die totale Verarsche. So sage ich jedoch, es ist ein Elend.

Unsere Fraktion wirbt für unseren Antrag und bittet darum, diesem zuzustimmen. Dieses aus dem Grund, weil wir durch das von uns in Auftrag gegebene Gutachten „Energieausblick Altmark“ zur Untersuchung energiepolitischer Potentiale, das im März 2009 vorlag, darin bestärkt wurden, dass es weitaus günstigere energiepolitische Potentiale gibt. Es gibt ein Ja zum Wirtschaftsstandort erneuerbare Energien in der Altmark. Es gibt das Argu-

ment des Arbeitsmarktes, wo die erneuerbaren Energien ein Vielfaches liefern. Es gibt das umweltpolitische Argument, wenn man allein an die Elbe denkt und an die landwirtschaftlichen Flächen, die in Größenordnungen in der Altmark vorgehalten werden. Und es gibt das gesundheitliche Argument. Hier haben sich Ärzte der Region sehr engagiert eingebracht. Es ist vielleicht auch nicht die richtige Reaktion, wenn man von Demokratie spricht, dass der Ministerpräsident bei der Unterschriftenübergabe nun feststellte, dass er endlich mal weiß, wie viel Ärzte es noch in der Altmark gibt. Das würde man gewiss auch anders heraus bekommen. Und der Umgang wäre sicher anders möglich gewesen.

Meine Fraktion möchte sich ausdrücklich bei allen Akteuren der Bürgerinitiative bedanken, die vor wenigen Tagen ein Konzept mit weiteren grundsätzlichen Fragen, Fakten und aktualisierten Zahlen vorlegten und uns aufgefordert haben, zielorientiert vorzugehen. Zielorientiert in einem energiepolitischen Dialog. Unsere Fraktion wird in den kommenden Wochen dem Kreistag vorschlagen, diesen Dialog zu organisieren und die in unserer Kompetenz liegenden Fragen noch einmal zu diskutieren. Eine Schlussfolgerung müsste es sein, eine eindeutige Richtungsbestimmung hin zu einer effizienten klimafreundlichen und dezentralen Ausrichtung der Energieversorgung in der Altmark zu garantieren, indem man die regionale Raumordnung ändert. Es kann nicht sein, dass für Windkraftträder andere Kriterien gelten als für 60 Meter hohe und eine einhundert Meter breite Schneise für Stromtrassen oder einen 165 Meter hohen Kühlturm. Hier sind Widersprüche auszuräumen. Und wir werden realisieren müssen, dass wir auch auf neue Technologien in unserer Ausrichtung der regionalen Raumordnung orientieren. Wir schlagen vor, dass es ein kreisliches Energiekonzept, ein Altmarkenergiekonzept geben soll, so wie es auch die Bürgerinitiative vorgeschlagen hat. Und da gehören sehr viele detaillierte Dinge dazu, wie z. B., dass Schulen, die sich in Kreisträgerschaft befinden, das Projekt 50/50 mitmachen können, das sie sozusagen in den Wettbewerb treten, Energieeinsparungen vorzunehmen. Sie bekommen von der Einsparung die Hälfte. Das sind kleine und bewährte Mittel, um energiepolitisch wirksam zu werden. Wir sind der Meinung, die Arbeit hört mit diesem Antrag nicht auf. Sie fängt eigentlich erst an. Und ich hoffe, mit der Befürwortung dieses Antrages, dass wir dort einen würdigen Einstieg finden.

Herr Kühnel dankt Frau Dr. Paschke für die Hervorhebung der Demokratie. Der Antrag wurde in alle Ausschüsse verwiesen, um sich mit Fachleuten über die Begründung des Antrages zu unterhalten. Ich möchte mich auf zwei Punkte konzentrieren, insbesondere auf die Frage wie wir die Bürgerinnen und Bürger direkt am Verfahren beteiligen können. Ich denke mir, die größte Bedeutung für Demokratie hat die Sache vor Ort. Ich weiß nicht, wie viele Unterschriften übergeben worden sind. Wir haben im Landkreis Stendal 107.000 Wählerinnen und Wähler. Diese Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, sich damit zu beschäftigen und gehört zu werden. Es stand in der Zeitung, dass wir heute über eine milliardenschwere Investition entscheiden. Das stimmt so nicht. Wir entscheiden über einen Antrag der Linken und nicht über die Investition. Es könnte der Eindruck erweckt werden, dass wir eine Prioritätenliste im Landkreis über die Abarbeitung von milliardenschweren Investitionsaufträgen haben. Das ist jedoch nicht so. In der Volksstimmte stand vor wenigen Tagen unter Altmark 2050, dass die Altmark ein Problem habe, da sie kein Industriegebiet hat. Eine milliardenschwere Investition für Arneburg wäre so eine Aufwertung des Industriestandortes. Wir verweisen darauf, dass im Antrag enthalten ist, dass trotz Filteranlage nachweislich gesundheitliche Risiken und Beeinträchtigungen da sind. Wir haben die Frage an Herrn Prof. Ewers vom Hygieneinstitut gestellt. In dem Antrag heißt es: „Der Kreistag fühlt sich der Gesundheit der Bürger und Bürgerinnen verpflichtet. Das schließt die Befürwortung eines Steinkohlekraftwerkes aus. Denn trotz Filteranlagen würde das Steinkohlekraftwerk nachweislich zu gesundheitlichen Risiken und Beeinträchtigungen führen.“ Ich habe gefragt, ob das bestätigt werden kann. Die Antwort war: „Es gibt sicher andere persönliche menschliche Gründe, die dazu führen, so ein Vorhaben abzulehnen. Aber aus umweltmedizinischer, toxikologischer Sicht ist dies nicht zu bestätigen. Auswirkungen auf die Verschlechterung der Luftqualität sind nicht messbar und nicht nachweisbar.“ Frau Dr. Paschke hat dann weiter gefragt: „Die Einhaltung der Grenzwerte stellt aus medizinischer Sicht kein Problem dar, jedoch teilen Sie die Auffassung, dass die fortwährende, dauerhafte Belastung der erhöhten Schadstoffwerte von Feinstaub über einen Zeitraum von 40 Jahren doch ein Problem für die menschliche Gesundheit darstellen könnte?“

Die Antwort lautete: „Die meisten Stoffe, mit denen man in der Umweltmedizin zu tun hat, wirken in geringen Mengen tagtäglich auf den Menschen ein. Das betrifft Wasser, Boden, Luft aber auch die vielen Produkte und Bedarfsgegenstände, mit denen wir täglich umgehen. Hier spielt natürlich die chronische Belastung, die sich über Jahre erstreckt, die entscheidende Rolle. Grenzwerte wurden auch unter dem Gesichtspunkt der Dauerbelastung ermittelt.“

Ich finde es gut, dass sich so viele Ärzte mit diesem Problem beschäftigt haben. Ca. die Hälfte unserer Ärzte im Landkreis. Wenn wir aber spezifische Probleme haben, gehen wir zu einem Facharzt und lassen uns dort unter-

suchen. Die Bewertung aus toxikologischer Sicht sollte man einem Fachmann und einer Fachbewertung überlassen.

So ein Genehmigungsverfahren finden wir überall in Deutschland, und es ist ein gesetzliches Verfahren, welches alle Belange berücksichtigt. Wenn sich herausstellt, dass es gesundheitliche Gefährdungen gibt, dann wird man diesem Vorhaben nicht zustimmen. Deshalb denke ich und die CDU-Fraktion, wir sollten diesen Antrag an die Bürgerinnen und Bürger überweisen, denn wir haben in der Landkreisordnung die Möglichkeit, wenn es uns betrifft, die Bürgerinnen und Bürger zu fragen. Und wenn wir gesundheitliche Schäden erwarten, dann ist dies ein triftiger Grund. Deshalb schlage ich vor, wir überweisen diesen Antrag an unsere Bürger und machen eine Bürgerbefragung und werden dann im Ergebnis sehen, wie die 107.000 Bürger unseres Kreises sich in dieser Frage entscheiden.

Prof. Dr. Böhmer ist in der Presse mit den Worten erwähnt worden: „Ihr werdet dieses Kraftwerk nicht verhindern, wenn der Bauantrag gestellt wird“. Meine Damen und Herren – wir auch nicht. Wir sollten Farbe bekennen und in unsere Parteistatuten sehen. Nicht die von Kreisparteitage. Aber was in den Bundesparteiprogrammen steht, das ist Politik für die jeweiligen Parteien. Deshalb sehen Sie in die Parteiprogramme. Bei der FDP und SPD ist immerhin ein Energiemix Bestandteil der Politik. Energiemix heißt auch Neubau von Steinkohlekraftwerken. Wenn man hier eine Entscheidung trifft, sollte man dem Kreistag berichten, wie man sich in seiner Partei durchgesetzt hat, wenn man hier dagegen ist. Es ist immer leicht, wenn man die Wahlen anführt. Aber man muss sich positionieren und sagen, wo man steht. Wir meinen, wir benötigen einen Energiemix, und wir wollen durch ein staatlich anerkanntes Verfahren überprüfen lassen, ob dieses Kraftwerk überhaupt die Anforderungen erfüllt. Ein Signal geht auch an die Investoren raus, die etwas anderes wollen – nämlich wie man hier mit Investoren umgeht. Sollte RWE sich wirklich entscheiden, hier bauen zu wollen, dann lassen wir das Verfahren entscheiden, ob es möglich ist oder nicht. Diese Chance erhalten wir dann nämlich nicht wieder, eine Investition in Milliardenhöhe hier her zu bekommen.

Herr Borstell geht auf den vorliegenden Antrag ein. Hier heißt es: Der Kreistag spricht sich gegen die Pläne zur Errichtung eines Steinkohlekraftwerkes auf dem Gelände des IGPA aus. In der Begründung sind einige Dinge von Frau Dr. Paschke und Herrn Kühnel genannt worden: Energiestandort, erneuerbare Energien, Tourismus, Strom der erzeugt wird, würde nicht hier bleiben. Die unökologische Seite des Kraftwerkes insgesamt und die fehlende Kraftwärmekopplung sowie die Gesundheit wurden angesprochen. Diese Fakten sind in der Begründung enthalten. Auch das Bekenntnis zum Biosphärenreservat und einpaar Ausführungen zu Arbeitsplätzen.

In den vergangenen Wochen und Monaten hatten viele die Möglichkeit, sich zu informieren und beraten zu lassen. Einerseits in den Beratungen der Ausschüsse, Informationsveranstaltungen u. a.

Es handelt sich um eine interessante und schwierige Materie, die fachlich und technisch sehr anspruchsvoll ist. Viele von uns, die sich intensiv damit beschäftigt haben, haben Einblick erhalten, viel dazu gelernt und sich mit der Thematik Energiegewinnung und Erzeugung beschäftigt. So steht immer wieder die Frage, ob sich Kraftwerke in eine regionale, nationale oder kontinentale Energiestrategie einordnen. Es wird die gesundheitliche Frage und die grundsätzliche Frage der Notwendigkeit gestellt. Dieses gigantische Vorhaben wirft eben viele Fragen auf, und viele haben Befürchtungen und Ängste. Deshalb wird die SPD-Fraktion heute gegen die Errichtung eines Steinkohlekraftwerkes in Arneburg stimmen. Ein zentraler Punkt für uns ist die Problematik der Verfahrenstechnik, also die fehlende effektive Ausnutzung der Energie. Die Kraft-Wärmekopplung ist die große Vision. Sie wird bereits angewendet und ist sinnvoll. Kritisch sehen wir die Problematik der langen Transportwege und die CO<sub>2</sub>- Verpressung. Strategisch ist der Ausbau der erneuerbaren Energien fortzuentwickeln. Allgemein ist auch ein großes Einsparpotential an Strom und Wärme im Landkreis Stendal vorhanden, ob im privaten oder öffentlichen Sektor.

Heute wird es eine politische Willensbekundung geben, und es bleibt abzuwarten, wie RWE reagiert. Ich finde positiv, dass die Bildung von Bürgerinitiativen möglich ist. Diese Errungenschaft unseres demokratischen Systems sollten wir achten und wertschätzen, und wir sollten respektvoll miteinander umgehen.

Herr Stapel wendet sich an Herrn Kühnel. Es geht nicht darum, milliardenschwere Investition oder nicht. Es geht darum, Milliarden in diese Energieform oder in eine andere. Des Weiteren geht es nicht um Arbeitsplätze oder nicht. Es geht darum, 160 Arbeitsplätze oder vielleicht 1.000 mehr. Mich interessieren nicht die Gesundheitsfragen, sondern im wesentlichen, wer hat den Strom, der so produziert wird, hinterher zu bezahlen. Sie müssten eigentlich wissen, dass diese Energieform immer teurer wird. Ich will sie nicht länger bezahlen, noch dazu, wo

diese großen Konzerne mit uns machen, was sie wollen. Aus diesem Grunde finde ich es schade, dass der Finanzausschuss sich nicht mit dem Thema befasst hat.

Diese Entscheidung heute ist eine Willensbekundung. Es gilt Bundesgesetzgebung, und das Landesverwaltungsamt wird nach Kriterien entscheiden. Es geht nur darum, dass der Kreistag den Bürgern vor Ort ein Zeichen gibt. Der Kreistag sollte seinen Willen bekunden.

Nun haben Sie, Herr Kühnel, die Volksbefragung wieder in das Spiel gebracht. Das haben Sie schon einmal getan. Lassen Sie uns das doch machen; heute entscheiden wir, und dann können wir danach eine Volksbefragung vorbereiten. Setzen Sie mit uns die Kriterien für eine Volksbefragung runter. Aber da gibt es Parteien, die Volksbefragungen mehr wollen als Sie.

Herr Kühnel stellt den Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung zur Vorlage.

Herr Riedinger bemerkt, dass der Antrag so gestellt wurde, und es wird zu gegebener Zeit namentlich abgestimmt.

Herr Rettig wendet sich an Herrn Kühnel und bemerkt, dass man sich darüber einig ist, dass man nicht das entscheidende Gremium ist. Aber eine Position dazu, die muss man haben. Das ist Ziel dieses Antrages. Wir wollen ein anderes energiepolitisches Konzept als Steinkohle. Nicht mehr und nicht weniger. Das eine solche Meinungsbildung und Meinungsäußerung nicht umsonst ist, zeigt uns Lubmin, wo der Investor Abstand vom Bau eines Steinkohlekraftwerkes ähnlichen Ausmaßes genommen hat. So ganz umsonst ist also weder die Position der Bürgerinitiative noch die des Kreistages. Immer wieder spielt die Frage der Bürgerbefragung zu diesem Problem eine Rolle. Ich bitte den Landrat, dass das Rechtsamt prüft, inwieweit die Hauptsatzung, die Landkreisordnung das überhaupt ermöglicht, wenn es keine kreiseigene Angelegenheit ist. Ansonsten verarschen wir nämlich sowohl die Bürgerinitiative als auch die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises, weil wir hier suggerieren, sie könnten in einem Bürgerentscheid Einfluss nehmen, wenn das eigentlich gar nicht möglich ist.

Herr Eisenhut hat im Internet recherchiert und die Energievision des Landkreises München gefunden. Dort hat der Kreistag beschlossen, dass bis zum Jahre 2050 der Energieverbrauch gesenkt wird und ausschließlich auf regenerative Energien umgestellt werden soll. Er zählt sodann die verschiedenen Varianten auf. Die Errichtung eines Steinkohlekraftwerkes ist hier übrigens nicht enthalten. Weiterhin gilt es, insbesondere Mitwirkende aus der Landwirtschaft, aus Handwerk, Handel, Gewerbe, Industrie und Dienstleistung sowie den Kommunen und Kirchen für die Erreichung der Ziele zu gewinnen. Beschlossen vom Kreistag am 20. März 2006. So ein Beschluss würde uns auch ganz gut zu Gesicht stehen.

Herr Kloth bemerkt, dass jeder sich mit dem Thema auseinander gesetzt hat. Auch wenn unser Beschluss heute nicht das Verhindern des Kraftwerkes bedeutet, so ist es doch ein Signal. Ein Signal nicht nur an diesen Investor, sondern an jeden, der zukünftig investieren will. Jede Industrieanlage wird ein Verfahren durchlaufen müssen. Fast jede Industrieanlage hat Emissionen. Durch die Diskussionen in den vergangenen Monaten ist die Wahrscheinlichkeit gegeben, dass die Bevölkerung einer subjektiven Wahrnehmung unterliegen könnte und dieses Kraftwerk als eine Bedrohung und Giftschleuder wahrnimmt, weil es genauso immer kund getan wurde. Ich selbst arbeite in Gorleben im Zwischenlager. Ich bin täglich bei den Castorbehältern. Das hat nichts direkt mit dem Kraftwerk zu tun. Aber das, was in den letzten Monaten passiert ist, erinnert mich sehr stark an das, was in Gorleben seit 25 Jahren passiert. Das Problem ist, dass der normale Bürger, wenn er etwas nicht fassen und begreifen kann, dann aber hört, dass dort Gift entsteht usw., natürlich dagegen ist. Das ist eine völlig natürliche Reaktion. Das Problem ist, dass man dieser subjektiven Wahrnehmung völlig unterliegt und statt dessen eine vermeintlich richtige Meinung hat, die aber letztendlich falsch ist. Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen. Würden Sie zum Beispiel diesem Stück Granit, welches ich in den Händen habe, zutrauen, dass es schädlich ist? Wahrscheinlich nicht. Würden Sie z. B. in der Oberpfalz, wo Granitwerke sind, ein Häuschen haben wollen oder in den Urlaub fahren? Wahrscheinlich würden Sie das tun. Sie würden sich nicht bedroht vorkommen. Herr Kloth zeigt nunmehr mit einem Geigerzähler am Granitstein, dass der Geigerzähler ausschlägt. Er sagt weiter, das heißt nicht, dass durch das Stück Granit eine Bedrohung entsteht. Das könnte ich auch mit anderen Dingen wie einer Fliese, Kalidünger oder Zigarettenasche tun. Ob etwas schädlich ist oder nicht, entscheidet immer die Dosis. Ärzte schicken Leute in den Süden in Heilbäder. Dort trinken diese Leute Heilwasser auf Rezept. Pro Liter Heilwasser mindestens bis 30.000 Bekerel. Das geht wunderbar und ist in geringen Dosen sogar heilsam. Man sollte jedoch nicht 10 Liter täglich davon trinken und das nicht über 10 Jahre. Mit dem Nikotin aus zwei Zigaretten kann man ein Pferd töten. Nämlich dann, wenn man es intravenös injiziert. All diese Dinge muss man

zur Kenntnis nehmen. Man kann sich doch nicht hinstellen und sagen, nur das bloße Vorhandensein eines bestimmten Stoffes stellt sofort eine Bedrohung dar. Sie glauben gar nicht, wie schmutzig die Natur tatsächlich ist. Sie können im Garten einen Spatenstich machen, schon haben Sie Uran auf der Schippe. Die Dosis ist jedoch so niedrig, dass sie praktisch keine Bedeutung hat. Ich appelliere an Sie, nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr und stimmen Sie nicht nach gut dünken ab oder weil entsprechend viele Leute in der Zeitung einen Leserbrief geschrieben haben. Ich hoffe, dass nun endlich mal Schluss ist. Die Bürgermeister und andere wurden ja fast schon in den Medien mit Leserbriefen durch die Straßen gehetzt. Man kann sicher unterschiedlicher Meinung sein, aber man sollte bitte immer die Form wahren.

Frau Braun findet hervorragend an der Demokratie, dass jeder seine Meinung haben und diese auch öffentlich sagen kann. Das wunderbare an diesem heutigen Tag ist, dass wir ein Votum abgeben sollen, wo wir vor zwanzig Jahren nicht im Traum dran geglaubt hätten, es zu dürfen. An dieser Stelle bin ich so dankbar, dass wir Bürger haben, die sich einbringen und für diese Sache streiten wollen. Ich als Mitglied des Kreistages bin hier 20 Jahre dabei, und ich fühle mich nicht durch die Information einer Bürgerinitiative bedroht oder verunsichert. Ich habe mich durch diese Information der Bürgerinitiative informiert gefühlt. Heute bin ich in der Lage, eine sach- und für mich fachgerechte Entscheidung treffen zu können. Ich habe im September meinen Standpunkt dazu gesagt und habe an vielen Veranstaltungen teilgenommen. Deshalb bin ich mit der Überschrift in der Volksstimme „Emotionale Entscheidung zu einer Milliardeninvestition“ nicht einverstanden. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der Volksstimme, ich schätze Sie sehr. Wir haben auch immer gut zusammen gearbeitet. Aber eins sage ich, wenn man nach so vielen Veranstaltungen und so viel Informationsmaterial nur emotional heute entscheidet, dann ist unser Niveau als arm zu bezeichnen. Das wird unserer Aufgabe hier und heute nicht gerecht. Natürlich haben Sie das Recht, als Presse zu hinterfragen, warum haben wir, als im nichtöffentlichen Teil 2007 der Landrat uns eine Kurzinformation gegeben hat, nicht reagiert? Wir waren überrascht, aber auch dankbar für die Information. Wir wurden gebeten, darüber noch nicht die Öffentlichkeit zu informieren. Es war damals eine erste Anfrage der Firma. Darum hat auch zu damaliger Zeit niemand eine Frage gestellt. Also haben wir der Verwaltung vertraut, und die Sache sollte sich entwickeln. Natürlich ist die Frage, wie die Entwicklung voran schritt und warum hat das so lange gebraucht, bis die Sache vollständig durchsichtig war. Das ist eine Frage des Respekts und der Akzeptanz. Man muss nicht gleich Wellen schlagen, wenn man selbst noch keine Sachkenntnis besitzt. Ich konnte mir damals über das Prozedere keine Meinung bilden. Heute sieht das anders aus.

Frau Braun wendet sich nochmals an die Volkstimme und zitiert: „Warum stimmt der Kreistag über ein Kraftwerk ab, dem man bereits 1992 zugestimmt hatte? Bis heute hat diese Entscheidung ihre Gültigkeit nicht verloren. Ein Für oder Wider würde jedoch dem Investor RWE eines deutlich signalisieren, ob er mit seinen Kraftwerksplänen hier erwünscht ist oder nicht.“

Von denen, die 1992 im damaligen Kreistag eine Entscheidung getroffen haben, sind heute noch sechs dabei. Die Entscheidung 1992 war sehr mutig. 1990 haben wir gegen ein Atomkraftwerk gestimmt. Das war auch eine sehr mutige Entscheidung, die wir damals trafen.

Man kann natürlich heute, 20 Jahre danach, kluge Reden führen. 1992 war es auch eine richtige Entscheidung angesichts der Situation. Steinkohle wurde gefördert, da hingen Arbeitsplätze in Westdeutschland dran. Heute sieht die Welt in dieser Branche ganz anders aus. Aber heute fällen wir auf der Basis neuer Erkenntnisse und neuer Energiepläne und politischen Entscheidungen neue Entscheidungen. Darum sind wir heute hier gefordert.

Herr Werner bemerkt, dass die Diskussion nunmehr seit mehr als einem halben Jahr geführt wird. Ich möchte einige Standpunkte dazu wiedergeben. Wir haben festgestellt, dass der Kreistag keinerlei Kompetenzen für die Genehmigung dieses Kraftwerkes hat. Diese Investition wird nach Bundesemissionsschutzgesetz genehmigt oder nicht genehmigt. Wenn eine Genehmigung erteilt wird heißt das für mich, dass sich der Antragsteller an alle relevanten Gesetze hält, die es in der BRD gibt. Und wenn er dies tut, muss er sich innerhalb dieser Gesetze auch bewegen können. Das erwarte ich als Unternehmer und Bürger dieses Landes vom Gesetzgeber, wenn ich mich an die Gesetze halte, dann muss man mich auch machen lassen. Vor allem in dieser dünn besiedelten und strukturschwachen Gegend brauchen wir Macher und nicht Verhinderer. Es sind von den Gegnern genügend Argumentationen geführt worden. Aber wenn auch nur die Hälfte dieser Gegenargumente wirklich stichhaltig wäre, dann drängt sich mir die Frage auf, wie die Menschen in den Ballungsgebieten in Deutschland bis jetzt überlebt haben. Wenn man sich in der Vergangenheit unvoreingenommen mit dem Thema Steinkohlekraftwerk beschäftigt hat, wurde einem sofort Verantwortungslosigkeit vorgeworfen gegenüber der Umwelt und den Nachkommen. Zu diesem Thema Verantwortung möchte ich noch etwas sagen. Das Bundesemissionsschutzgesetz ist ein Abbild der Bundesumweltpolitik. Dafür trägt kein Kreistagsmitglied die Verantwortung, sondern die Abgeordneten des Bundestages und die Bundesregierung. Diese sind in einem demokratischen Wahlverfahren gewählt und

vertreten damit die Mehrheit der Bürger Deutschlands. Wenn man den Bau von Steinkohlekraftwerken verhindern will, dann geht das nur über eine Veränderung der Umweltgesetzgebung, und dafür braucht man Mehrheiten. Nicht einmal eine Bundesregierung mit grüner Beteiligung hat sich da heran gewagt. Wir Mitglieder des Kreistages sind für die Entwicklung im Landkreis verantwortlich und für die Lösung unserer Probleme vor Ort. Und da möchte ich zwei herausstellen. Das erste Problem ist die völlig unzureichende finanzielle Ausstattung der Kommunen und des Landkreises. Das zweite Problem ist die demographische Entwicklung. Das erste Problem lässt sich nicht durch Forderungen nach höheren Zuwendungen aus der Welt schaffen, sondern nur durch wirtschaftlichen Aufschwung. Nur Betriebe, die Geld verdienen, zahlen Steuern und aus diesen finanziert sich der Staat. Nur Unternehmen, die Geld verdienen, beschäftigen Menschen. Und wenn diese Beschäftigung haben, sind sie nicht auf Sozialleistungen angewiesen. Die demographische Entwicklung, die in Deutschland schon schlecht ist, in Sachsen-Anhalt noch viel schlechter, aber in der Altmark katastrophal, lässt sich durch die gleiche wirtschaftliche Entwicklung vielleicht zum Teil lösen. Junge Menschen bleiben in der Altmark, wenn sie eine Chance auf eine gut bezahlte Arbeit haben und die Kommunen in der Lage sind, ein entsprechendes Umfeld zu schaffen. Investitionen wie das Kraftwerk oder die Autobahn sind Chancen für unsere Region, und die müssen wir ergreifen. Es ist absolut nicht sicher, ob es Folgeinvestitionen geben wird, die dann auch ein mehrfaches an Arbeitsplätzen oder an Wertschöpfung bringen. Aber es ist ganz sicher, dass es keine Folgeinvestitionen geben wird, wenn man die Initialzündung verhindert. Es ist in Deutschland die Regel geworden, nur Risiken zu sehen. Ich bin der Meinung, wir sollten mehr auf die Chancen sehen und diese auch ergreifen. Ich werde aus den genannten Gründen den Antrag ablehnen.

Der Landrat möchte insbesondere auf die Ausführungen von Frau Dr. Paschke eingehen. Wir haben seit dem Beginn des Baus des Zellstoffwerkes vor ca. acht Jahren zahlreiche Gespräche mit Investoren geführt. Jeder Investor, aber auch jeder, hat im Vorab der Gespräche darum gebeten, das Ansinnen vertraulich zu behandeln. Ich würde also, wenn ein Investor dieses zu mir sagt, auch zukünftig den Kreistag nur im nichtöffentlichen Teil über Vorhaben informieren wollen. Von vielleicht zehn Gesprächen sind es vielleicht ein oder zwei Investoren, die sich hier angesiedelt haben. In Arneburg haben wir seit fünf Jahren keine Ansiedlung einer Investition. Im Ergebnis der zahlreichen Gespräche stellte sich heraus, dass entweder durch einen Federstrich des Bundes das Ansinnen nicht durchführbar war oder es war die Wirtschaftskrise. Ich denke sagen zu können, dass wir jeden Investor seriös behandelt haben. Trotzdem haben wir es nicht geschafft, einen Investor für Arneburg zu begeistern.

Zur Problematik erneuerbare Energien möchte der Landrat folgendes ausführen: Die Region hat sich bereits vor 10 Jahren erfolgreich am Bundeswettbewerb InnoRegio beteiligt. Von über 100 Teilnehmern wurden 5 Regionen im Osten ausgewählt. Kernpunkt der damaligen Investition war die Hanfverarbeitung. Es gab zahlreiche Projekte. In der Altmark selbst jedoch kaum ein nachhaltiges, das bis heute am Markt hätte bestehen können. Die Hanfgeschichte ist unter anderem deshalb „gestorben“, weil die EU beschlossen hat, die Beihilfen für Hanf von damals 1.000 Euro pro Hektar auf 700 Euro zurückzunehmen. Weiter haben wir uns vor ca. 8 Jahren am Projekt Regionen Aktiv beteiligt. Hier konnten wir ca. 5,0 Mio. Euro in die Region holen. Damals hatten wir bereits die Planungsgemeinschaft aufgebaut, die alles begleitet und die Hauptarbeit geleistet hat. Es gab über 200 Teilnehmer. Davon haben 16 den Zuschlag erhalten. Die Altmark war dabei. Nicht alle Projekte konnten verstetigt werden. Aber ein Projekt haben wir als unser Leitprojekt auserkoren. Es ist uns gelungen dieses zu verstetigen; nämlich das Projekt Bioenergieregion. Auch hier über 200 Antragsteller. 25 wurden genehmigt, und die Altmark war auch hier wieder dabei. Es läuft seit gut einem Jahr. Zahlreiche Vorhaben sind angedacht. Aber es wird das letzte mal sein, dass wir uns an einem solchen Projekt beteiligen können. Das Projekt Bioenergieregion wird seitens des Bundes zu 90 % bezuschusst, und 10 % bringt die Region auf. Herr Wulfänger war vor einer Woche zur Anhörung zum Haushalt des Landkreises. Und da wurde uns konkret dargelegt, was wir uns denn hier mit den freiwilligen Aufgaben erlauben. Ein Projekt im Rahmen der Bioenergieregion versuchen wir seit einigen Monaten mit der Verbandsgemeinde Arneburg-Goldbeck und mit der Gemeinde Goldbeck anzuschieben. Wer den Haushalt aufmerksam gelesen hat, dem hat sich erschlossen, dass wir für die Erneuerung der Heizung an der Sekundarschule in Goldbeck 30,0 T€vorgesehen haben. Die Gemeinde selbst plant die Erneuerung der Heizung in ihrer Sporthalle bzw. würde sich auch dafür interessieren, ob die kommunalen Wohnblöcke umgestellt werden können. Nach einigen Wochen der Untersuchung wurde festgestellt, dass der erste Investitionsaufwand bei einer Kopplung der Vorhaben ca. zehn mal so hoch ist, als wenn wir nur in der Sekundarschule einen neuen Heizkessel einsetzen würden. Trotzdem haben wir noch nicht aufgegeben und versuchen, auf verschiedensten Ebenen finanzielle Mittel zu akquirieren, um dieses gemeinsame Projekt durchführen zu können.

Wir haben bereits vor 6 bis 8 Jahren unsere Schulen budgetiert. Bereits da haben wir das 50/50-Prinzip eingeführt. Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung darf dieses Prinzip jedoch nicht mehr angewendet werden.

Abschließend möchte ich Ihnen mitteilen, dass wir in ein paar Wochen sicher ein Energiekonzept aufstellen können. Aber die Umsetzung dieses Konzeptes wird auf Grund der bestehenden Zwänge sehr problematisch.

Herr Berlin verweist noch einmal darauf, dass es sich hier und heute um eine Willensbekundung der gewählten Mitglieder des Kreistages Stendal handelt. Ich habe auch keine Angst vor einer namentlichen Abstimmung, denn die Menschen wählen mich nicht wegen meiner Parteizugehörigkeit, sondern wegen meiner Person. Wir brauchen Arbeitsplätze in der Region, und wir wollen die jungen Menschen auch halten, aber die Frage ist immer, unter welchen Umständen und Bedingungen. Der Landrat hat im Dezember 2007 im nichtöffentlichen Teil über die Angelegenheit informiert. Wir haben die Sache vertraulich behandelt. Der Landrat hat weiterhin über den Stand informiert. Ich habe damals bereits die Anfrage gestellt, ob wir das nicht in die Öffentlichkeit bringen wollen. Einen kleinen Beigeschmack hat der Antrag der Linken vom 09.09.2009 bekommen, weil er genau in der Zeit des Bundestagswahlkampfes gestellt wurde. Für mich war hier Wahlkampf dabei und nicht Sachlichkeit. Wir haben damals am 24.09.2009 mehrheitlich entschieden, dass wir den Antrag in die Ausschüsse verweisen. Es haben diverse Informationsveranstaltungen stattgefunden. Was ich ganz stark vermisst habe ist, dass RWE in dieser Zeit nicht einmal den Weg in den Landkreis gefunden hat. Das ist der Grund, warum wir als Fraktion diesem Antrag vom Gegenstand her zustimmen werden. Für uns sind die gesamten Zahlen kaum nachvollziehbar. Es wurde gesagt, dass der Umgang mit den Investoren wichtig ist. Das ist richtig. Aber auch der Umgang der Investoren mit uns ist wichtig.

Zu den erneuerbaren Energien, Frau Dr. Paschke: Ich bin einer den wenigen, der wirklich davon sprechen kann, was erneuerbare Energien sind. Ich habe einen Windpark vor meiner Nase, der ökologischen Strom herstellt. Der Strom ist aber leider nicht für mich. Ich habe gar nichts davon. Ich durfte nicht abstimmen. Auch das lief an den Bürgern vorbei. Enercon würde uns gerne den Strom liefern. Aber die Netzbetreiber machen da nicht mit.

Und bzgl. des Antrages muss nunmehr ein Ende gefunden werden, um dem Bürger die Meinung des Kreistages zu erschließen.

Es bestehen keine weiteren Wortmeldungen.

Der Vorsitzende ruft nunmehr zur namentlichen Abstimmung des Antrages auf.

**Mit Ja stimmen** die Mitglieder des Kreistages Herr Bartels, Herr Bausemer, Herr Bergmann, Herr Berlin, Herr Borstell, Frau Braun, Herr Braune, Herr Eisenhut, Herr Emanuel, Herr Janas, Herr Klemm, Herr Krebber, Herr Dr. Kühn, Frau Kunert, Herr Dr. Lischka, Herr Luksch, Herr Noeske, Frau Paschke, Frau Dr. Paschke, Herr Rettig, Herr Schönwald, Herr Stapel, Herr Tögel, Frau Weis, Herr Witt und Herr Zimmermann

**Mit nein stimmen** die Mitglieder des Kreistages Herr Bolle, Herr Graubner, Herr Güssau, Herr Jesse, Herr Kloth, Herr Krüger, Herr Kühnel, Herr Prange, Herr Raden, Herr Radke, Herr Dr. Richter-Mendau, Herr Riedinger, Herr Schreiber, Herr Schulz, Herr Werner, Herr Wiese und der Landrat, Herr Hellmuth

**Der Stimme enthielt sich** das Mitglied des Kreistages Herr Trumpf.

Der Vorsitzende stellt fest, dass der vorliegende Antrag, die Drucksache Nr. 051/2009, mehrheitlich, bei 26 Ja-Stimmen, 17 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung vom Kreistag beschlossen wurde.

*mehrheitlich zugestimmt*

*Ja 26 Nein 17 Enthaltung 1*

**zu TOP 6 Satzung über die Benutzung des Rettungsdienstes des Landkreises Stendal und die Erhebung von Benutzungsentgelten (Benutzungsentgeltsatzung)**  
**Vorlage: 119/2010**

Der Vorsitzende des Kreistages bittet um Wortmeldungen.

Herr Wulfänger bemerkt, dass die Verhandlungen mit den Krankenkassen und den anderen Trägern des Rettungsdienstes immer zählebiger werden und somit immer länger benötigt wird, die Berechnungen durchzuführen. In der Summe benötigen wir ca. 5,8 Mio. Euro, die über die Satzung aufgeteilt werden müssen. Die Besonderheit ist, da wir im April beschließen, dass die ersten vier Monate nach der alten Satzung abgerechnet werden

und die verbleibenden acht Monate nach der neuen Satzung. Es ist notwendig, ein Defizit der letzten Jahre auszugleichen und die Sätze in der Satzung im Vergleich zum letzten Jahr angehoben werden müssen. Wenn der Kreistag dieser Satzung zustimmen sollte, dann werden wir als Verwaltung eine Vereinbarung mit den Krankenkassen abschließen. Es müssen insgesamt 10 Institutionen unterschreiben, damit diese Vereinbarung in Kraft tritt. Es ist eine Vereinbarung, wie in all den Jahren davor. Die Besonderheit in diesem Jahr ist, dass die Bezahlung der notärztlichen Versorgung strittig ist. Strittig zwischen der kassenärztlichen Vereinigung und zwischen den Krankenkassen. Wir sind finanziell nicht so betroffen, aber da wir Träger des Rettungsdienstes sind, unmittelbar involviert. Die notärztliche Versorgung ist gesichert. Wie sich das in den kommenden Jahren entwickeln wird, hängt von der Bezahlung ab und an der Anzahl der vorhandenen Notärzte. Ich bitte um Zustimmung zur Satzung.

Es bestehen keine weiteren Wortmeldungen.

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

*einstimmig beschlossen*

**zu TOP 7 Weiterführung der Aufgaben nach dem SGB II  
- Antrag der CDU-Fraktion -  
Vorlage: 114/2010**

Der Vorsitzende des Kreistages bittet um Wortmeldungen.

Herr Kühnel bemerkt, dass der Antrag kurz gehalten wurde. Die Begründung, warum man sich für das eine oder andere Modell entscheiden sollte, ist durch den Landrat beizubringen. Wie so oft in Deutschland hat das Bundesverfassungsgericht die Möglichkeit einer politischen Meinungsbildung geschaffen. Es wird eine Grundgesetzänderung verhandelt, und deshalb haben wir uns in der Fraktion damit beschäftigt und haben uns dafür entschieden, hier den Antrag einzureichen. Nunmehr haben sich bereits andere Kreistage positioniert. Und wir wissen durch die Berichterstattung, dass die Grundgesetzänderung wieder nur eine begrenzte Anzahl von Optionskommunen zulassen soll. Deshalb sollten wir uns rechtzeitig positionieren, und der Landrat sollte den Auftrag bekommen, bis zur nächsten Sitzung einen Vorschlag zu erarbeiten, wie wir uns verhalten wollen. Es sollten Gespräche mit dem Beirat geführt werden. Frau Braun war bereits bei mir und hat dargelegt, dass der Antrag auf unsere Beteiligungen usw. erweitert werden sollte. Der Anstoß ist richtig. Wir haben nicht zu kritisieren, wie die ARGE arbeitet. Die Mitarbeiter geben sich große Mühe. Aber wir haben immer wieder im organisatorischen Bereich und bei der Struktur Probleme. Dies, weil wir nicht selber entscheiden können, sondern immer die Agentur für Arbeit mit im Boot haben. Ich habe beim letzten mal die Bearbeitung der Elternbeiträge für Kindertagesstätten genannt. Dort haben wir den Stellenplan um 5 Beschäftigte erweitern müssen. Auf andere Dinge wollen wir nicht hinweisen. Der Landrat soll wirklich eine Gegenüberstellung erarbeiten, welche Vorteile für uns eine evtl. Option bringen würde. Unser Nachbarlandkreis möchte Optionskommune werden. Der Landkreis Jerichower Land möchte auch optieren. Wir sollten nunmehr die Entwicklung nicht verschlafen und uns positionieren. Wenn es dann nicht möglich ist und der Kreistag sich anders entscheidet, ist das auch in Ordnung. Ich bitte nunmehr alle um ihre Mitarbeit.

Frau Kunert möchte feststellen, dass der Antrag nicht ausreichend ist. Der Landrat müsste beauftragt werden, genau die Kriterien, die für die Option wichtig sind, bereits abzuarbeiten. Des Weiteren gibt es einen Fehler im Antrag. Die getrennte Aufgabenträgerschaft gibt es nicht wieder. Also gibt es nur noch die ARGE oder die Option. Eine Grundgesetzänderung soll es eigentlich nur geben, damit die ARGE in ihrer Mischverwaltung verfassungskonform ist. Das hat nichts mit den Optionen zu tun. Die Begrenzung der Optionen ist ein Deal zwischen Bundesregierung und den Ländern. Dieser Deal beinhaltet die Verdoppelung der Optionskommunen. Das muss man nicht verstehen, das ist einfach so. Wir haben bereits damals den Vorschlag gemacht, die Option zu ziehen, weil wir der Meinung waren, wir können es besser. In der Begründung sagen sie überhaupt nicht, dass Sie es im Interesse der Betroffenen besser machen wollen, sondern Sie sagen, es gibt in der Zusammenarbeit mit der BA organisatorische und strukturelle Probleme. Das ist so. Aber im Mittelpunkt für die Entscheidung, ob wir optieren wollen oder nicht, muss die Betreuung der Arbeitslosen stehen.

Die Frage muss auch aufgeworfen werden, was mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern passiert. Das große Problem ist, dass diese ständig neue Geschäftsanweisungen bekommen, sie nicht ausreichend geschult werden, obwohl sie es gerne möchten, und sie mit einem besonderen Problemfeld zu tun haben. Sie haben nie abgeschlossene Fälle.

Ich möchte mich auf die Eignungskriterien beziehen. Einmal muss der kommunale Träger die konzeptionelle und organisatorische Leistungsfähigkeit seiner Verwaltung darstellen. Das heißt, er muss sagen, welche Infrastruktur habe ich, welche Personalqualifizierung, wie will ich Aktenführung und Rechnungslegung konkret gestalten und wie will ich bestehende und geplante Verwaltungskooperationen mit Dritten durchführen. Das sind konkrete Kriterien, die wir abarbeiten müssen, wenn wir die Chance haben wollen, als Optionskommune eine Genehmigung zu bekommen. Der kommunale Träger muss auch den Nachweis erbringen, in wie weit er seit 2005 ein Konzept hatte, wie er sich arbeitsmarktpolitisch engagiert hat und dieses Engagement künftig auch ausgestalten will. Das heißt, wo wollen wir als Landkreis auch einen Schwerpunkt mit den unter 25-jährigen setzen, mit Alleinerziehenden oder mit den über 55-jährigen. Ich finde, auf diesem Gebiet ist die Beschlussvorlage etwas unkonkret. Wenn der Landrat beauftragt wird, er soll vorbereiten, die Option zu ziehen, dann muss der Landrat innerhalb der Zeit bis zum nächsten Kreistag genau diese Kriterien hier vorlegen und diese Vorgänge darstellen. Ich möchte Ihnen ein Beispiel zum Personal geben. Wenn der Landkreis optieren will, muss er mittelfristig 90 % der BA-Beschäftigten auch behalten. Wir haben mit dem Antrag an sich kein Problem, er ist aber einfach unkonkret.

Frau Braun wendet sich an Frau Kunert und bittet sie, auf das Datum des Antrages zu schauen. Wir dürfen uns hier keine schwarzen Peter zuschieben. Ich bin dankbar, dass Herr Kühnel am 23.02.2010 bereits darauf hingewiesen hat, dass wir uns Gedanken machen müssen. Keiner in diesem Saal hat einen Antrag geschrieben. Da hat er das erst mal richtig gemacht. Inzwischen hat uns die Zeit eingeholt. Jetzt müssen wir erst einmal dem Antrag zustimmen. Und dann wird der Landrat beauftragt, in Ergänzung der neuen Gesetzeslage, ein Konzept vorlegen. Die Fraktion der SPD ist der Auffassung, man sollte dem Antrag zustimmen.

2004 waren viele davon überzeugt, dass die Option das bessere Modell ist. Aber auf Grund der Kürze der Zeit, man hatte ein halbes Jahr, war unsere Verwaltung nicht auf dem heutigen Stand. Sie hat sich das nicht zugetraut, auch mit dem damaligen Dezernenten, diese Sache innerhalb von 6 Monaten umsetzen zu können. Deshalb haben wir seiner Zeit für die ARGE votiert. Herr Kühnel hat auch erwähnt, dass es günstig wäre, eine Arbeitsgruppe zu bilden. Da gehören Fachleute hinein, die damit zu tun haben.

Herr Rettig bemerkt, dass es vor Beschlussfassung einige Dinge zu klären gibt, die in dem Antrag auch verändert werden müssen. Gestrichen werden muss im Antrag die getrennte Aufgabenträgerschaft. Es geht weiter mit der Begründung. Wenn es zur Beschlussfassung kommt, beauftragt der Kreistag den Landrat und nicht die CDU-Fraktion. Es geht im Prinzip doch nur darum, dass der Landrat und die Verwaltung eine Vorlage erarbeiten, auf der Grundlage einer eingehenden Prüfung, welche Variante die Verwaltung und der Landrat vorschlagen würde. Es geht noch nicht darum, ob wir hier über eine Optionskommune abstimmen, sondern erst einmal um eine Analyse. Und da muss man auch analysieren, was für die Betroffenen der Vorteil bei den bisherigen Optionskommunen seit 2005 war. Gab es eine höhere Vermittlungsrate? Da kommt das dazu, was Frau Kunert gesagt hat, welche Voraussetzungen erst einmal erfüllt werden müssen. Unter dem Gesichtspunkt kann unsere Fraktion auch dem Antrag zustimmen.

Herr Kühnel bemerkt, dass er Eingangs gesagt hat, der Landrat muss die Begründung liefern. Der Landrat soll natürlich durch den Kreistag beauftragt werden. Der Landrat ist Chef der Verwaltung, und er soll uns eine ordentliche Analyse vorlegen. Wir müssen festlegen, bis wann er das tun muss, und das ist die Sommerpause. Da hat er nicht mehr viel Zeit. Es ist doch klar, Herr Rettig, dass das für die Betroffenen in erster Linie vernünftig sein muss. Das setzen wir alle voraus. Und dann sind wir uns auch letztendlich wieder einig.

Es bestehen keine weiteren Wortmeldungen.

Der Vorsitzende schlägt vor, keine Neufassung des Antrages zu machen, sondern kleine Veränderungen in der Vorlage vorzunehmen und abzustimmen. Ich schlage Ihnen vor, dass im zweiten Satz „... zukünftig drei Varianten...“ neu „... zukünftig zwei Varianten...“ steht. In der Klammer ist die getrennte Aufgabenträgerschaft zu streichen. Termin soll der Kreistag 10.06.2010 sein.

Der Vorsitzende stellt den Antrag mit den genannten Änderungen zur Abstimmung.

*einstimmig beschlossen*

**zu TOP 8 Nachtragsfortschreibung der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für die Schuljahre**

**2009/10 bis 2013/14 für den Landkreis Stendal  
hier: Grundschulen Rochau und "Am Stadtsee" Stendal  
Vorlage: 120/2010**

*abgesetzt oder zurückgezogen*

**zu TOP 9 Nachtragsfortschreibung der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für die Schuljahre  
2009/10 bis 2013/14 für den Landkreis Stendal  
hier: Grundschulen Sanne und "Nord" Stendal  
Vorlage: 121/2010**

*abgesetzt oder zurückgezogen*

**zu TOP 10 Nachtragsfortschreibung der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für die Schuljahre  
2009/10 bis 2013/14 für den Landkreis Stendal  
hier: Grundschulen Schinne und "Am Stadtsee" Stendal  
Vorlage: 122/2010**

*abgesetzt oder zurückgezogen*

**zu TOP 11 Nachtragsfortschreibung der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für die Schuljahre  
2009/10 bis 2013/14 für den Landkreis Stendal  
hier: Grundschulen Krüden, Groß Garz und Seehausen  
Vorlage: 134/2010**

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Frau Braun bemerkt, dass drei Vorlagen zurückgezogen wurden. Ausgehend war die Entscheidung des Schulausschusses am 16.03.2010, welcher die Vorlagen zurückgewiesen hat. Ich möchte dem Kollegen Berlin und dem Kollegen Prange ausdrücklich dafür danken, dass sie mich nochmals veranlasst haben zu recherchieren, da bereits mehrmals festgelegt wurde, keine Schule mehr zu schließen. Ich habe deshalb heute zuarbeiten lassen, dass wir erst vor einem Jahr an dieser Stelle den Antrag der Fraktion FDP/ZENTRUM hier beschlossen haben. Der Betreff war „Erhalt der ländlichen Grundschulen im Zuge der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für die Schuljahre 2009/2010 – 2013/2014 für den Landkreis Stendal“ unabhängig von der kommunalen Gebietsreform. Der Kreistag hat einstimmig dieser Vorlage Drucksache Nr. 524 zugestimmt.

Wir haben also vor einem Jahr gesagt, wir fassen keine Schule mehr an. Und trotzdem fühlen wir uns dazu berufen, immer wieder im Zuge der Gebietsreform diese heilige Kuh anzufassen. Aber wir müssen zu unserem Wort stehen.

Wenn natürlich Eltern und die Region sich einig sind und es ihr ausdrücklicher Wille ist, wie z. B. in Krüden, dann wollen wir die letzten sein, die dagegen sind.

Fördermittel wurden in den vergangenen Jahren nur in die städtischen Grundschulen gesteckt. Die kleinen Gemeinden haben ihre Grundschulen aus eigener Kraft erhalten. Ich bitte um Disziplin zu den eigenen Beschlüssen.

Herr Kühnel stellt fest, dass Frau Braun mit fast allem Recht hatte. Nur in der Beratungsfolge steht der Schul-, Sport- und Kulturausschuss leider hinter dem KVPA. Das ist in dem Falle sehr ungünstig gewesen, denn wir haben im KVPA den Bürgermeister der neuen Gemeinde da gehabt und haben ihm die Frage gestellt. Diese Schulschließung kommt also nicht von uns, sondern kommt von Seehausen.

Es wird festgestellt, dass es bei Frau Brauns Worten nicht um Krüden ging, sondern um die Schulen, deren Vorlagen zurückgezogen worden sind.

Herr Kühnel stellt nunmehr fest, dass künftig darauf zu achten ist, dass die Beratungsfolge der Ausschüsse beachtet werden muss. Der KVPA hat als letzter vor dem Kreistag zu tagen.

Es bestehen keine weiteren Wortmeldungen.

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

*mehrheitlich beschlossen*

*Ja mehrh Nein 1 Enthaltung 3*

**zu TOP 12 Präzisierung der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für den Landkreis Stendal**  
**Vorlage: 129/2010**

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Es bestehen keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

*mehrheitlich beschlossen*

*Ja mehrh Nein 0 Enthaltung 1*

**zu TOP 13 Anfragen und Hinweise**

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Der Landrat möchte über folgendes informieren:

Herr Rettig, auf Ihre Anfrage im KVPA bzgl. der Vorbereitung der Landtagswahl war es im Prinzip so, dass zu diesem Termin 20.04.2010 auch die Mitglieder der Kreiswahlausschüsse benannt werden konnten. Es hat sich nur die SPD gemeldet. Wir haben mit dem Landeswahlleiter Rücksprache genommen. Es ist relativ unproblematisch. Dieser Termin kann verlängert werden. Die erste Arbeitsberatung findet erst im Juni statt. Wir würden in den nächsten Tagen über unser Wahlbüro noch einmal ein Schreiben entsprechend an die Parteien übergeben.

Des Weiteren eine unangenehme Angelegenheit. Wir haben am späten Montag abend die Beanstandung unseres Haushaltes bekommen. Wir hatten ja bereits einige Befürchtungen, nachdem in den letzten Tagen andere Landkreise ähnliches ereilt hat, insbesondere unsere Kollegen aus Salzwedel, obwohl diese kein aufgelaufenes Defizit haben. Wir sind im Moment dabei, für den FHLA am 06.05.2010 eine Vorlage zu erarbeiten, welche Maßnahmen nunmehr erforderlich sind. Natürlich wird auch das Thema Kreisumlage eine Rolle spielen.

Herr Janas hat eine Nachfrage zum ÖPNV. In den letzten Wochen und Monaten ist die Ausschreibung gelaufen. Es gibt eine Frist, wann sie abgelaufen ist. Inwieweit wird der Kreistag bei der Vergabe mitwirken können? Inwieweit wird die Rufbusversorgung im ländlichen Bereich bei der Vergabe eine besondere Rolle spielen?

Herr Bergmann bemerkt, dass der Kreistag wohl kaum noch dabei sein wird, weil das Ausschreibungsverfahren ja bereits läuft. Ich kann mich erinnern, dass die Bürgermeister der Verbandsgemeinde Arneburg-Goldbeck vor kurzem zusammen gesessen und die Entwürfe, die geprüft worden sind, komplett abgelehnt haben. Dem Landkreis wurde empfohlen, das Ganze mindestens ein Jahr auszusetzen, weil zu erkennen war, dass ein Teil der Linien einfach nicht funktionieren kann. Mich würde interessieren, wie der Landkreis mit den Einwendungen umgehen wird?

Der Landrat bemerkt, dass es in der laufenden Woche mit dem begleitenden Planungsbüro eine Zusammenkunft gab. Es wurde der Zwischenstand erläutert. Ausdrücklich weist der Landrat noch einmal darauf hin, dass es sich um kein Ausschreibungsverfahren, sondern um ein Genehmigungsverfahren handelt. Das Büro wird in Zusammenarbeit mit der Genehmigungsbehörde die Bescheide erarbeiten und am 08.05.2010 rausschicken. Wir sind so verblieben, dass bis zu diesem Termin keine Informationen nach außen dringen. Ich schlage vor, dass wir am Montag, dem 10.05.2010, die Fraktionsvorsitzenden einladen und über den Stand informieren.

Ich habe, nachdem mich Herr Trumpf am Montag abend angesprochen hat, dieses Thema der Diskrepanz zwischen Busankunftszeiten und Schulanfangszeiten dargelegt. Es ist so, dass die Unternehmen die Fahrpläne allein festlegen. Es wird daran gearbeitet, alle Hinweise aus den Gemeinden zu berücksichtigen und in dem Genehmigungsbescheid festzuhalten.

Herr Zimmermann fragt noch einmal nach, ob er den Landrat richtig verstanden habe, dass der Kreistag oder ein Ausschuss nicht involviert ist, also keine Stellungnahme abzugeben hat?

Der Landrat bestätigt die Auffassung. Genehmigungsbehörde ist die untere Straßenverkehrsbehörde im Rahmen des übertragenen Wirkungskreises.

Frau Braun hat zur Schülerbeförderung eine Frage. Diese ist auch im letzten Schulausschuss in Bismark gestellt worden. Frau Dr. Bergmann hat uns richtig in Kenntnis gesetzt, dass die Rücktour der Schüler bei den Sekundarschulen und Gymnasien ja immer in der 6. und 8. Stunde erfolgt. Bei den Grundschulen nach 5 ein halb Stunden. Das ist die alte Regelung des Schulgesetzes. Frau Braun möchte wissen, was mit den Fahrten nach der Hortbetreuung wird. Ich möchte darum bitten, dass der Landrat sich persönlich dafür verwendet, dass es so wie bisher gehandhabt wird.

Herr Bergmann stellt fest, dass überwiegend zu den Zeiten, wo der Hort schließt, die Busse die Gemeinden nicht mehr anfahren. Ich weiß, dass der Landkreis, was die Hortbusse angeht, nicht in der Pflicht ist. Aber es ist im Rahmen der Fürsorge für den ländlichen Raum notwendig, bei der Linienstellung auf dieses sensible Thema genau zu achten.

Frau Kunert hat eine konkrete Frage, ohne eine konkrete Zahl zu wollen. Achten Sie bei der Genehmigung darauf, dass die Gehälter für Busfahrerinnen und Busfahrer auskömmlich sind?

Der Landrat bemerkt, dass die Hortfrage noch einmal erörtert wurde. Dort, wo sich in den letzten Monaten mit der Hortproblematik nichts geändert hat, besteht im wesentlichen auch mit den Altregelungen Übereinstimmung.

Wenn jetzt im Zuge der Bildung der Verbandsgemeinde Veränderungen erfolgten, kann es Probleme geben. Es geht uns überhaupt nicht um die Zuständigkeit. Wir sehen das so, wir haben einen öffentlichen Auftrag und wollen diesen gemeinsam mit den Gemeinden erfüllen.

Der Landrat weist darauf hin, dass der Kreistag die Satzung beschlossen hat. Diese ist zur Zertifizierung bei der EU.

Er schlägt nunmehr vor, sich am 07.05.2010 vormittags mit den Fraktionsvorsitzenden zu treffen.

Herr Zimmermann stellt den Antrag, im FHLA am 06.05.2010 die Information zu erhalten. Er fühlt sich total überfahren. Bisher wurde der Eindruck erweckt, dass sich der KVPA mit der Frage befasst.

Der Landrat geht nun auf die Frage von Frau Kunert ein. Im Prinzip sind die Hauptkriterien nach dem Genehmigungsverfahren die Vorgaben der EU.

Herr Berlin möchte wissen, ob die Genehmigung erteilt werden kann, auch wenn die Zertifizierung noch nicht erfolgt ist? Außerdem möchte er mitteilen, dass er am 07.05.2010 nicht teilnehmen könnte.

Herr Kühnel bemerkt, dass es sich um geltendes Recht handelt. Da kann man sich übergangen fühlen oder nicht. Es ist wie es ist. Man sollte auch bedenken, dass eine zu frühe Information die Genehmigungsvoraussetzungen verletzen könnte. Wir werden überprüfen, ob der Landrat das auch richtig gemacht hat.